

PRESSEMITTEILUNG

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) verbietet „Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH) rechtswidrig

Frankfurt am Main, 26. Juli 2024

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) unter der Leitung von Nancy Faeser hat am 24. Juli 2024 das „Islamische Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH), das religiöse Zentrum der schiitischen Musliminnen und Muslime in Deutschland, sowie dessen bundesweite Teilorganisationen rechtswidrig verboten.

Im Zuge dieses Verbots wurden bedeutende Moscheen der schiitischen Gemeinschaft in Deutschland geschlossen, darunter die traditionsreiche Imam-Ali-Moschee in Hamburg, das „Zentrum der Islamischen Kultur e.V.“ in Frankfurt, die „Islamische Vereinigung Bayern e.V.“ in München und das „Islamische Zentrum Berlin e.V.“. Diese Moscheen, die über Jahrzehnte Orte des Gebets und der Zusammenkunft schiitischer Muslime waren, müssen weiterhin zugänglich bleiben.

Das Vorgehen der Bundesinnenministerin Faeser ist ein alarmierendes Zeichen für den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Anstatt die notwendigen rechtlichen Schritte gegen belegbar verdächtige Personen einzuleiten, wurden pauschal ganze religiöse Einrichtungen geschlossen und ihre Vermögenswerte beschlagnahmt. Ein solches Vorgehen ist weder verhältnismäßig noch mit den Prinzipien eines Rechtsstaates vereinbar. Der alleinige Vorwurf angeblicher Propaganda reicht dabei nicht aus, um solch drastische Maßnahmen zu rechtfertigen.

Die Verbindung zwischen dem IZH und dem Iran ist den deutschen Behörden seit Jahrzehnten bekannt. Dieses lang bekannte Faktum nun als Grund für das Vorgehen zu nehmen, ist nicht nachvollziehbar und wirft Fragen zur Angemessenheit und Transparenz dieser Vorgehensweise auf.

Leider reiht sich diese Entwicklung in eine besorgniserregende Liste von Maßnahmen ein, die in jüngster Zeit gegen Minderheiten in unserem Land vorgenommen wurden:

1. **Einfrieren und Beschlagnahmung von Vermögen russischer Geschäftsleute:** Dies geschah ohne den notwendigen Nachweis von Straftaten und stellt eine Verletzung der Eigentumsrechte dar.
2. **Propaganda gegen den Wolfsgruß von Merih Demiral:** Obwohl der Wolfsgruß in Deutschland nicht verboten ist, wurde eine Hetzkampagne gegen den Fußballspieler geführt.

Nancy Faeser höhlt im Namen der Demokratie die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien aus. Ein solches Vorgehen gefährdet das Vertrauen in unsere Institutionen und spaltet die Gesellschaft weiter.

Wir fordern von der Bundesinnenministerin:

- **Transparenz und konkrete Belege** für die behauptete Gefährdung durch das IZH.
- **Erhalt und Zugänglichkeit** der betroffenen Moscheen für Gläubige.
- **Gewährleistung der Religionsfreiheit** und damit Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften in Deutschland.

Bei Rückfragen:

BIG Partei | Telefon: (0 69) 15 32 28 49 | E-Mail: presse@bigpartei.de | www.bigpartei.de